

Gärtner-Zeitung

Organ des Verbandes der Gärtner und Gärtnerarbeiter, Sitz Berlin

Veröffentlichungsblatt der Gärtner-Krankenkasse (Ersatzkasse) Sitz Hamburg

Bezugsbedingungen: Monatlich durch die Post 80 M., unter Streifenband 125 M.

Schriftleitung und Versand: Berlin S 42, Luisenufer 1
Postcheckkonto: Berlin 10 301, Albert Lehmann

Erscheint alle 14 Tage Sonnabends

In der Zeit vom 3. bis 16. Juni sind die Beiträge für die 23. und 24. Woche fällig.

Neuregelung der Unterstützungen.

Die in Nr. 6 der A. D. G.-Z. bekanntgegebene Neuregelung sagt in ihrem zweiten Absatz, daß der errechnete Durchschnittsbeitrag auf eine durch 10 teilbare Zahl abzurunden ist! Da inzwischen eine Beitragsstaffelung von 100—200 M. erfolgt ist, bedarf diese Bestimmung einer sinngemäßen Änderung und wird hiermit durch nachstehende ersetzt:

Der errechnete Durchschnittsbeitrag ist auf den Betrag der nächsten Beitragsstaffel auf- bzw. abzurunden. Beträge, die unter der Hälfte der Spannung zwischen den beiden in Betracht kommenden Staffeln liegen, sind nicht anzurechnen.

Die Hauptverwaltung.

Provokateure in Arbeitgeberkreisen.

In Unternehmerkreisen aller Berufe sind alle Gewerkschaftsfunktionäre, besonders aber die -Angestellten, als Hetzer bekannt und verrufen. Es gibt wohl keine Verhandlung, in der nicht behauptet wird, daß die Arbeitnehmer selbst gar keine Forderungen stellen, sondern mit ihrer Lage zufrieden sind, nur die Angestellten veranlassen die Aufstellung solcher hohen Forderungen, um die Unzufriedenheit aufzustacheln und den Klassenhaß zu schüren. Was hieran wahr ist, wissen wir. Wir haben aber nicht den Glauben, daß die Unternehmer durch sachliche Widerlegung zu einer besseren Einsicht kommen.

Heute wollen wir auf einen Vorgang aufmerksam machen, der beweist, daß wir in den Kreisen unserer Unternehmer Männer haben, die mit bewußter Absicht ihre Arbeiterschaft herausfordern und verhetzen, um sie zu unbedachten Handlungen hinzureißen.

In den Baumschulen von Halstenbek-Rellingen beschloß unsere Kollegenschaft, auch die der Firma Alwin Pein, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen. Man hätte annehmen sollen, daß Herr Pein als kluger Mensch, der er doch sein will, sich damit abfinden würde, wie er es im Vorjahre auch getan hat; statt dessen ruft er eine Betriebsversammlung ein, erklärt der Arbeiterschaft, daß jeder, der den 1. Mai feiert, die Konsequenzen tragen muß.

Er verlangte nochmalige Beschlußfassung. Leider gab die Kollegenschaft dem Verlangen nach, anstatt Herrn Pein zu sagen, daß sie wüßten, was sie beschlossen haben und keine Neigung verspürten, ihren Beschluß zu ändern. Die Abstimmung ergab dann, daß nur ein Drittel sich für die Maifeier erklärte und diese damit abgelehnt war. Das war am Sonnabend, den 28. April. Am Montag darauf erklärte Herr Pein dann zynisch: Obwohl beschlossen sei, zu arbeiten, bestimme er jetzt, daß gefeiert werde! Eine tollere Verhöhung der Arbeiterschaft ist uns kaum in der Vorkriegszeit vorgekommen.

Übrigens gibt sich Herr Pein mit dieser Handlung selbst eine schallende Backpfeife. Er hat ob dieses Streiches vergessen, daß, auch wohl auf seine Veranlassung, der Manteltarif für die Baumschulen gekündigt ist und die Unternehmer nun verlangen, daß zukünftig die zehnte Stunde, die bisher mit 25% Aufschlag bezahlt worden ist, ohne Aufschlag geleistet werden solle. Das bedeutet, daß von März bis Oktober die zehnstündige, statt bisher die neunstündige Arbeitszeit gelten würde. Herr Pein hat mit seiner Haltung am 30. April bewiesen, daß es ihm gar nicht so sehr auf die Mehrleistung von Arbeit ankommt, sondern nur darauf, seinen Willen durchzusetzen.

Die ganze Haltung Peins wird übrigens eine Wirkung auslösen, die den Baumschulenbesitzern nicht angenehm sein kann, für die sich die Herren aber bei ihm bedanken können.

Auch andere Vorgänge weisen darauf hin, daß die Unternehmer unsere Kollegen zu unbedachtem Vorgehen veranlassen

wollen. Glücklicherweise haben unsere Mitglieder in den Baumschulen in den letzten Jahren so viel gewerkschaftliche Schulung erhalten, daß sie gelernt haben, nicht das Gefühl, sondern den Verstand entscheiden zu lassen.

Auch das Vorgehen des Herrn Wendland in Kiel, Vorsitzenden des Bundes Deutscher Baumschulenbesitzer, der seine Leute wegen Beteiligung an der Maifeier entließ, schließt sich den geschilderten Vorgängen würdig an. Man vergißt auf jener Seite, daß nach ungünstigen Zeiten wieder günstige Zeiten auf dem Arbeitsmarkt kommen. Man vergißt auch, daß die Arbeiterschaft von 1923 nicht mehr dieselbe ist, wie vor 1914. Die Arbeitgeber sollten als kluge Wirtschaftspolitiker auch daran denken, daß die Arbeiterschaft heute im Wirtschaftsleben etwas mitzubestimmen hat. Es ist sogar schon vorgekommen, daß Unternehmer an uns mit dem Wunsche herantraten, ihnen zu helfen, sie von der Getreideumlage zu befreien oder die Ausfuhr von Edelobst zu befürworten, Einfuhr von Gemüse usw. abzulehnen usw. Die Politik der weißen Villa in Halstenbek kann nur dazu beitragen, anstelle der Politik der Vernunft die Politik der Verärgerung und Wiedervergeltung treten zu lassen.

Für unsere Kollegenschaft in den Baumschulen geben diese Vorgänge Veranlassung, noch mehr als bisher für die Organisation aller Kollegen und Kolleginnen Sorge zu tragen. Denn je geschlossener und geschulter die Kollegenschaft ist, desto leichter und schneller wird es gelingen, uns den Respekt und die Achtung des Unternehmertums zu verschaffen und ihnen zu zeigen, daß die Seitensprünge und der Machtkitzel einzelner dem Beruf nur zum Schaden dienen.

Nachschrift: Nach Schluß der Redaktion geht uns noch ein Bericht der Verwaltung Hamburg zu, der die neueste Entwicklung im Baumschulgebiet schildert. Die Unternehmer hatten unter Einfluß des Herrn Pein den Manteltarif zum 1. Mai gekündigt. Sie weigerten sich nun, Verhandlungen zwecks Erhöhung der Löhne zu führen, bevor der Manteltarif nicht in ihrem Sinne geregelt sei. Das verursachte in den Betrieben größte Unruhe. Die Gefahr eines Streiks stand bevor. Es zeigte sich dann, daß die Mehrzahl der Unternehmer einer vernünftigen Regelung nicht abgeneigt war. Verhandlungen kamen zustande, die eine Erhöhung der Aprillöhne um 30% für die Zeit vom 16.—31. Mai brachten. Auf Leistung der zehnten Stunde wurde unternehmerseits verzichtet.

Es scheint demnach, als wenn eine Einigung in der Tarifffrage nicht unmöglich ist. — Herr Pein ist inzwischen aus der Tariffkommission, wie auch aus der vertragsschließenden Unternehmerorganisation ausgeschieden und hat mit seinem Betriebsrat (einem ungesetzlichen) eine Sonderabmachung, die er Tarif nennt, getroffen. In dieser wird die Leistung der zehnten Stunde festgelegt. Der Verrat, den die Kollegenschaft damit geübt hat, wird keine guten Früchte tragen, am wenigsten für die Unternehmer. Was voraussehen war, ist schon eingetroffen: Die Lohnvereinbarung des Verbandes war günstiger wie die im Betriebe von Pein. Um seine Leute nun bei guter Laune zu halten, bewilligte er ihnen 5% über den Tariflohn. Dafür sind wir ihm sehr dankbar. Beweist er doch damit nur, daß die Baumschulenbesitzer zahlungsfähig sind, und daß alles Gerübe über die zu hohen Löhne und über die Zahlungsunfähigkeit, das Herr Pein als Verhandlungsleiter jedesmal vor dem Schlichtungsausschuß anstimmte, eitel Flunkerei gewesen ist. Durch seine jetzige Handlung wird uns die Begründung unserer neuen Forderungen sehr erleichtert.

Die Not der Zeit und die Friedhöfe.

Die ungeheure Steigerung der Beerdigungskosten, die es dem Unbemittelten fast unmöglich machen, seine Angehörigen zu bestatten, hat den Berliner Magistrat veranlaßt, Maßnahmen zu

Die Erleichterung der Lohnsteuer.

Die Abzüge von der Lohnsteuer sind ab 1. Juni 1923 wie folgt festgesetzt:

Bei Monatseinkommen	Bei wöchentlicher Lohnzahlung
Für den Ehemann 1200 M.	Für den Ehemann 288 M.
Für die Ehefrau 1200 „	Für die Ehefrau 288 „
Für jedes Kind 8000 „	Für jedes Kind 1920 „
Werbungskosten 10000 „	Werbungskosten 2400 „

treffen, die eine Minderung der Bestattungskosten herbeiführen sollen. Man will nach dem Vorbild süddeutscher und englischer Gebräuche künftig Särge nur noch in Höhe von 50 cm zulassen, um die Aushebung der Grabessohle von 2 m auf 1,20 m Tiefe herabzusetzen. Der Preis der neuen Särge soll durch Verwendung geeigneten Holzes aus städtischen Forsten zu mäßigen Preisen niedriger gehalten werden. Er wird voraussichtlich 50 % niedriger sein als zurzeit. Der Stadtfuhrpark wird ferner Sargtransportautomobile beschaffen, mit denen je nach Bedarf zwei bis vier Särge zusammen überführt werden können. Die Friedhofsgebühren sollen dadurch ermäßigt werden, daß die Grabstellen auf den Grabfeldern nicht mehr durch Hügel, sondern nur durch leicht gewölbte begrenzte Erhebungen sichtbar gemacht werden. Die Reihengrabfelder sollen ein mehr wald- und parkähnliches Aussehen erhalten. Die Gieß- und Pflegegebühren werden dadurch zukünftig nur in halber Höhe erhoben werden. Der Magistrat hat die Stadtverordnetenversammlung ersucht, sich mit diesen Maßnahmen mit Wirkung ab 15. Mai dieses Jahres einverstanden zu erklären.

Wir hoffen, daß diese Maßnahmen auch in anderen Gemeinden Nachahmung finden und das Bestattungswesen dadurch wieder in geordnete Bahnen geleitet wird. Heute sind fast alle Kirchengemeinden eifrigst damit beschäftigt, sich ihre Friedhöfe bzw. des Bestattungswesens, früher eine glänzende Einnahme für die Kirchen, zu entledigen. In den meisten Fällen wird das Bestattungswesen wie auch die Unterhaltung der Gräber Privatunternehmern überlassen, die selbstverständlich verdienen wollen. Hierdurch entstehen mit der Zeit unglaubliche und unhaltbare Zustände.

Aus Dresden wird uns berichtet, daß die Kirchenfriedhöfe mit der Stadt wegen Übernahme der Friedhöfe in Verhandlungen stehen. Die Stadt ist hierzu bereit, die Kirche stellt aber so hohe Entschädigungsansprüche, daß die Verhandlungen auf einem toten Punkt angelangt sind. Sämtliche Friedhöfe haben die Grabpflege in eigener Regie bereits aufgegeben, und jeder Unternehmer kann diese übernehmen. Die Friedhofsverwaltung beschränkt sich nur noch auf das Bestattungswesen. Wie erheblich die Grabpflege zurückgegangen ist, zeigt die Zahl der Beschäftigten. Im Sommer 1919 waren auf dem Dresdener Friedhof 304 Personen, jetzt sind aber nur noch 30 Personen beschäftigt. Im März d. J. kostete die einfachste Beerdigung 240 000 M.

In Leipzig wurde sämtlichen Arbeitnehmern zum 15. Februar gekündigt, weil die kirchlichen Friedhöfe beabsichtigten, ihre Betriebe zu schließen. Es wird vermutet, daß der Rat der Stadt Leipzig gegen die Schließung der kleinen Friedhöfe nichts einzuwenden hat und nur den großen Lindenauer Friedhof übernehmen wird. Die Kündigung wurde später allerdings zurückgezogen, doch wurde im Monat März noch verkürzt gearbeitet. Nur die allernotwendigsten Arbeiten werden erledigt.

In Braunschweig, wo sämtliche Friedhöfe den Kirchengemeinden gehören, teilte der Friedhofs Ausschuß unserem Verbands im März mit, daß er das gesamte Bestattungswesen einem Privatunternehmer -- einem Steinsetzmeister -- übergeben wolle, daß demzufolge neun Arbeiter entlassen werden müßten. Die Grabpflege war schon vor einigen Jahren den Privatunternehmern überlassen. Unseren gekündigten neun Kollegen, einschließlich des Betriebsrates, wurde mitgeteilt, daß der Privatunternehmer sämtliche Arbeiter übernehmen wollte, allerdings ohne sich zu verpflichten, die sozialen Einrichtungen weiter zu gewähren. Die Verwaltung bezeichnete diese Umänderung als eine Betriebsstilllegung, nicht als eine Einschränkung. Gegen dieses Vorgehen ist Einspruch beim Schlichtungsausschuß und Klage beim Amtsgericht erhoben worden. Die Entscheidung ist noch nicht gefallen. Auf welche Weise der neue Unternehmer seinen Profit sichern will, ergibt sich daraus, daß er durch ein Inserat Alters- und Sozialrenter zum Särgetragen sucht.

Schon diese wenigen Beispiele zeigen, welche unwürdigen und unhaltbaren Zustände sich unter den heutigen Verhältnissen im Bestattungswesen entwickeln. Wir werden unsere Kollegen über den Erfolg der Maßnahmen, die der Berliner Magistrat getroffen hat, unterrichten, um diesen Weg auch den Friedhöfen anderer Gemeinden empfehlen zu können. Bemerkenswert sei noch, daß die Berliner Friedhöfe zum überwiegenden Teil den Kirchengemeinden gehören. Die Stadt hat nur einen Friedhof. Doch ist anzunehmen, daß die Kirchengemeinden dem Beispiel der Stadt folgen, denn die Synode hat die Maßnahmen des Magistrats gebilligt.

Nochmals: Die „sittliche Höherentwicklung“ der christlich-nationalen Idee in der Praxis.

Durch ein bedauerliches Versehen in der Druckerei haben sich in der unter obiger Überschrift in der A. D. G.-Z. Nr. 10 erschienenen Abhandlung zwei sinnentstellende Irrtümer eingeschlichen. Seite 37, linke Spalte, 4. Absatz, 8. Zeile, muß es heißen: „Nebenbei läßt dieses tiefempfundene Bekenntnis einer schönen Seele geradezu erhebende Schlüsse auf die Wahrhaftigkeit der moralisierenden (nicht moralprüfenden!) Leitartikler der christlichen Gärtnerzeitung zu.“

In einem Teil der Auflage ist Seite 38 der Anfang des zweiten Absatzes durch Einheben einer falschen Zeile verstümmelt. Der Satz heißt richtig: „An der „Schmutzkonzurrenz“ des Deutschen Landarbeitersverbandes wegen angeblich niedriger Beiträge sollten die Christen lieber nicht rühren.“

Anschließend möchten wir nicht verfehlen, unseren Lesern zum besseren Verständnis der christlichen Behauptung, daß sie keine Hilfe vom Ausland zu erwarten hätten und nur auf die opferwillige Beitragszahlung ihrer Mitglieder angewiesen seien, einen Artikel aus dem „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands“ vom 14. Mai d. J. zur Kenntnis zu geben. Dort heißt es S. 78:

Es ist erfreulich, daß die dem Internationalen Bund der christlichen Gewerkschaften angeschlossenen Landesorganisationen in Erkenntnis der durch die Ruhrbesetzung in Deutschland entstandenen Not edle Hilfsbereitschaft an den Tag legen. Besonders haben unsere holländischen Freunde sich zur Unterstützung bereit gefunden: sowohl die katholischen wie auch die christlich-nationalen Fachverbände haben eine Unterstützungsaktion veranstaltet, deren Ergebnis dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften zur weiteren Veranlassung zugeleitet wird. Auch die Schweizer Kollegen und andere betätigten praktisch ihre Hilfsbereitschaft. Wenn auch die Lage der Arbeiterschaft in den genannten Ländern eine wesentlich bessere ist, so darf doch nicht verschwiegen werden, daß auch dort die Arbeitslosigkeit unter der Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse teilweise groß ist. Um so mehr verdient die Unterstützung der ausländischen Kollegen, welche ein Ausdruck der solidarischen Verbundenheit im Sinne edler christlicher Hilfsbereitschaft ist unsere Anerkennung.

Mit ganz besonderer Freude erfüllt uns eine Tat der österreichischen christlichen Gewerkschaften. Österreichs Arbeiterschaft leidet ebenfalls Not. Trotzdem haben die österreichischen Kollegen es sich nicht nehmen lassen, durch eine „Sammlung für die christliche Arbeiterschaft des Ruhrgebietes“ ihrer Verbundenheit mit der christlichen Arbeiterschaft Deutschlands Ausdruck zu geben. Die Sammlung hatte das Ergebnis von 6,5 Millionen Mark (eine für die österreichischen Verhältnisse hohe Summe), die dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands zur Unterverteilung überwiesen wurde. Dafür gebührt den österreichischen christlichen Gewerkschaftlern der herzlichste Dank.

Na also! Wozu denn erst solch rührende Beweise echt christlicher Duldsamkeit, wenn man vor seiner eigenen Tür so viel zu kehren hat!!

Redende Zahlen!

Unser Verband vereinnahmte für Beiträge:

1919	680 519 M.
1920	1 660 977 „
1921	2 198 462 „
1922	14 375 120 „

Ausgegeben wurden für die Verbands-Zeltung:

1919	84 502 M.
1920	146 442 „
1921	200 440 „
1922	1 337 509 „

Gärtnerel-Fachblatt:

1919	— M.
1920	57 516 „
1921	72 241 „
1922	382 360 „

Lohnbewegungen und Streiks:

1919	143 041 M.
1920	530 746 „
1921	778 014 „
1922	3 536 671 „

Sächliche Ausgaben:

1919	79 145 M.
1920	225 385 „
1921	173 674 „
1922	1 333 852 „

Die Gewerkschaftsbewegung der Welt.

Das Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes veröffentlicht Angaben, die nicht nur die Lage und Entwicklung der ihm angeschlossenen, sondern die aller Gewerkschaften überhaupt in Ziffern darstellen. Allerdings fehlen dabei Mitteilungen über die finanzielle Lage der Organisation; bei der heutigen bunten und schwankenden Geldwertlage hätte es auch wenig Sinn gehabt. Es werden also nur Mitgliederzahlen mitgeteilt.

Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder betrug Ende 1921 in den 34 wichtigsten Staaten der Welt 46,3 Millionen Menschen (im Jahre 1912: 14,5 Millionen). An erster Stelle stand Deutschland (12,6 Millionen), ihm folgte Rußland (6,9 Millionen), England (5,6 Millionen), die Vereinigten Staaten von Amerika (5,2 Millionen), Italien und die Tschechoslowakei hatten je 2 Millionen, Spanien 1,3, Frankreich und Oesterreich je 1 Million organisierter Arbeiter. Weiter folgten Belgien (920 000), Polen (820 000), Mexiko (710 000), Australien (680 000), Holland (660 000), Indien (500 000), während in den übrigen Ländern die Zahl der organisierten Arbeiter weniger als eine halbe Million betrug. Diese Zahlen umfassen aber die verschiedensten Gewerkschaftsrichtungen; einen richtigeren Begriff von dem Charakter des gewerkschaftlichen Kampfes in der Welt und den einzelnen Ländern bekommen wir erst, wenn wir die Verteilung nach den einzelnen Gewerkschaftsrichtungen untersuchen.

Fast die Hälfte der organisierten Arbeiterschaft der Welt (22,4 Millionen) ist dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossen und stimmt also seinen allgemeinen Richtlinien zu. Die andere Hälfte verteilt sich auf folgende Weise: 7,1 Millionen gibt die „kommunistische Internationale“ an; (davon 6,9 Millionen in Rußland), 6,6 Millionen sind in „Neutralen Organisationen“ vereinigt; das sind die meisten Gewerkschaften der Vereinigten Staaten (3,9 Millionen); bekanntlich sind sie im Jahre 1920 aus der Internationale ausgetreten), die Hirsch-Dunckerschen und die unabhängigen Vereine Deutschlands (1,8 Millionen) und ähnliche (nationale) Organisationen in der Tschechoslowakei, in Polen, Frankreich, der Schweiz und Holland, weitere 3,8 Millionen entfallen auf die konfessionellen Vereine; die Hälfte davon (1,8) befand sich in Deutschland; auch in Spanien und Italien (je 400 000), in Holland, Belgien und Ungarn (je 200 000), in Polen und Frankreich (je 150 000) spielen sie eine gewisse Rolle. — Weitere 1,3 Millionen umfassen die syndikalistischen Verbände; die Hälfte davon (665 000) befand sich in Spanien; ihm folgten die Syndikalistischen Deutschlands (250 000) und Italiens (100 000). — Endlich bleibt noch ein Rest von 5 Millionen Menschen, die unter der zweifelhaften Rubrik: „Verschiedene Organisationen“ untergebracht sind; es sind erstens die Organisationen außereuropäischer Länder (Vereinigte Staaten, Australien, Indien, Mexiko), soweit sie in ihrer Eigenart keiner der oben genannten Richtungen entsprechen; zweitens sind hier auch die italienischen Fascisten (damals 200 000 an der Zahl), die tschechoslowakischen Nationalisten und ähnliche Gruppen untergebracht.

Seit dem letzten Friedensjahr hat sich die Mitgliederzahl verdreifacht (1913: 7,7 Millionen, 1921: 22 Millionen), jedoch war der Mitgliederzustrom kein ständiger. Die Kriegsjahre haben einen Mitgliederückgang in den kriegführenden, einen gewissen Zustrom in den neutralen Ländern herbeigeführt; Ende 1918 zählte der Internationale Gewerkschaftsbund 10,3 Millionen. Das Jahr 1919 — das der allgemeinen Arbeiteroffensive — erhöhte diese Zahl auf 23,2 Millionen. 1920 hat aber den Austritt Amerikas, der weiße Schrecken in Ungarn, das Abflauen in Frankreich und Italien, die allgemeine Weltkrise einen Rückgang der Mitgliederzahl verursacht, der 1921 sich fortgesetzt hat.

Die dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen 22 Millionen Arbeiter verteilen sich folgendermaßen auf die einzelnen Gewerbezweige: An erster Stelle stand die Metallindustrie mit 3,7 Millionen Gewerkschaftsmitgliedern; ihr folgte unmittelbar das Transportwesen mit 3 Millionen Arbeitern. Auf diese beiden Wirtschaftszweige entfiel somit fast ein Drittel des gesamten Mitgliederbestandes der Gewerkschaftsinternationale. Es folgten: das Baugewerbe (2,5 Millionen), die ungelerten Arbeiter (2,1 Millionen), die Bergarbeiter (1,8 Millionen), die Textilarbeiter (1,7 Millionen), die Landarbeiter (1,5 Millionen). Je 1 Million Mitglieder wiesen die Gewerkschaften der Staats- und Kommunalarbeiter und die Angestelltengewerkschaften auf. Die übrigen Kategorien zählten weniger als 1 Million Mitglieder und stehen der Mitgliederzahl nach in folgender Reihenfolge: Bekleidungsindustrie (0,9 Millionen), Nahrungs- und Genußmittelgewerbe (0,8 Millionen), Druckereigewerbe (0,6 Millionen), Industrie der Steine und Erden (0,3 Millionen), Vergnügungsbetriebe (0,3 Millionen), sonstige Berufe (0,2 Millionen).

Blumengeschäfte

Der Muttertag.

vom Verband der Blumengeschäftsinhaber für Sonntag, den 13. Mai, „ins Leben“ gerufen, ist eine Fehlgeburt geworden. Wenigstens für Berlin muß das berichtet werden. Das Straßenbild ließ hier auch nicht das Geringste der Blumenehrung erkennen, wie wir in mehrstündiger Wanderung durch alle Stadtteile festgestellt haben. Die vom V. D. B. betriebene Propaganda hat also nicht den Weg in das Volk gefunden, was nach ihrer eigenartigen Aufmachung auch nicht erwartet werden konnte. Aber auch bei den oberen und mittleren Zehntausenden dürfte

die Idee wohl kaum den gewünschten Anklang gefunden haben, denn bekanntlich denken diese Kreise auch über ethische Dinge sehr viel realer als der „Plebs“. Jedenfalls war es in diesem Jahre weder in der Friedrich- noch in der Taubentzenstraße zur „Mode“ geworden, die Mutter durch angesteckte Blumen zu ehren. In welchem Umfang diese Ehrung durch Blumenschmuck im Heim erfolgt ist, wird sich natürlich schwer feststellen lassen. Ein besonderes Geschäft war jedenfalls am Mutter-Sonntag selbst in denjenigen Blumengeschäften nicht festzustellen, die entgegen den polizeilichen Vorschriften, über Mittag geöffnet hatten.

Es ist immerhin auch beachtenswert, daß selbst in den Kreisen der Geschäftsinhaber die Ansichten über die beliebte Methode zur Einführung des Muttertages recht verschiedene waren. So hat man im besetzten Gebiet von selbst davon Abstand genommen, Vorbereitungen für den Muttertag zu treffen. In Hamburg ist es bei den Bemühungen einiger Personen geblieben, ebenso in Erfurt, wo die Blumengeschäftsinhaber infolge des Angriffes einer Zeitung öffentlich erklärten, von einer Teilnahme Abstand zu nehmen. Dem an sich guten Gedanken eines Muttertages ist jedenfalls durch die übereilte, einseitige und ungeschickte Aufmachung mehr geschadet als genützt worden. Der Pferdefuß des Geschäftsinteresses der Veranstalter kam trotz aller Verschleierungen doch deutlich genug zum Vorschein und zerstörte natürlich alle künstlich gemachte Ethik.

Das deutsche Volksempfinden läßt sich eben nicht mit amerikanischer Reklame „machen“. Wer es beeinflussen will, muß es selbst erst einmal studieren, ihm Verständnis entgegenbringen und sich schließlich auch um die Hilfe der besten Söhne und Töchter des Volkes bemühen. Das alles fällt aber gerade unseren Blühtern manchmal noch recht schwer.

Lehrlingsprüfung in Hamburg.

Trotzdem in den hiesigen Blumengeschäften fast nur noch Lehrlinge beschäftigt werden, haben sich der diesjährigen Prüfung nur 11 Ausgelernte unterzogen. — Im vorigen Jahre waren es 7 Prüflinge. Das Ergebnis war im Theoretischen einigermaßen gut, im Praktischen allgemein schlecht. Also wiederum eine Bestätigung unserer in Nr. 9 gegebenen Beurteilung der derzeitigen Ausbildungsmöglichkeiten in den Blumengeschäften.

Ausland

Von den Bruderorganisationen im Auslande.

Schweden. Im Laufe des vergangenen Jahres hatten unsere Kollegen ebenso wie in anderen Berufen vor allen Dingen den Kampf gegen die Lohnherabsetzung zu führen. Der Durchschnittslohn betrug im vorigen Jahre wöchentlich 45 Kr., bei freier Station monatlich 65 Kr.

In Göteborg brach im Sommer ein Streik aus, weil die Unternehmer das Koalitionsrecht der Arbeiter beschränken wollten. Dort befinden sich die bedeutendsten Handelsgärtnereien des Landes. Der Kampf dauerte über drei Monate und wurde nicht endgültig entschieden. Es gelang den Arbeitgebern wohl mit Hilfe der übrigen Unternehmer, junge unorganisierte Gehilfen als Streikbrecher zu bekommen. Doch ist damit der Kampf nicht erledigt. So mußten die Unternehmer im Herbst erleben, daß die Transportarbeiter sich weigerten, für die gesperrten Betriebe Koks anzufahren, wodurch diese in die größte Verlegenheit gebracht wurden. Die Organisation unserer Kollegen ist unerschüttert und ist gewillt, den Kampf mit allen Mitteln weiter zu führen. Dieser Vorgang zeigt, daß in Schweden eine feste gewerkschaftliche Organisation besteht.

Die Unternehmer versuchen mit allen Mitteln, den Verband unschädlich zu machen. So verbreiteten sie unter unseren Kollegen das Gerücht, daß die deutsche Gärtnerorganisation zusammengebrochen und vollständig bedeutungslos sei, wahrscheinlich um zu beweisen, daß in unserem Berufe die gewerkschaftliche Organisation nirgends Fuß fassen kann. Wir konnten unseren Freunden aber das Gegenteil mitteilen und beweisen.

Dänemark. Im Frühjahr 1922 fand in der Landschaftsgärtnerei Kopenhagens ein Streik von fünf Wochen statt, der zum Abschluß eines Tarifvertrages führte. Für die Handelsgärtnerei und Baumschulen wurde ohne Streik ein Tarifabkommen erzielt. Die meisten vom Verband angeschlossenen Tarifverträge laufen bis 1924. Von der großen Aussperrung aller organisierten Arbeiter in Dänemark im Frühjahr 1922 blieben unsere Kollegen verschont.

Die Lehrlingszucht bildet auch in Dänemark einen Krebschaden des Berufes. In der Zeitung „Sozialdemokraten“ wurde darüber ein Artikel veröffentlicht, wofür der Verfasser, Kollege Jacobsen, eine Geldstrafe von 200 Kronen erhielt.

Mit dem Verband der ungelerten Arbeiter Dänemarks wurde ein Kartellverhältnis abgeschlossen, welches für unsere Kollegen

vorteilhaft war. Grenzstreitigkeiten sind auch in Dänemark nicht unbekannt. Unser Bruderverband hat öfter Grenzstreitigkeiten mit dem Verband der dortigen Gemeindegärtner auszufechten. — Die dänische Organisation hat erhebliche Mittel für den Kampf der schwedischen Kollegen in Göteborg aufgebracht.

Berichte

Aus dem Gartenbauausschuß für Brandenburg.

Die Sitzung vom 10. April nahm Kenntnis davon, daß der Antrag auf Aufhebung der Einschränkung des Wochenmarktverkehrs für auswärtige Käufer vom Ministerium abgelehnt sei. Es wurde beschlossen, 1. nochmals zu beantragen, diesen Rest der Zwangswirtschaft zu beseitigen und 2. den Erzeugern in den Landeswucherämtern und Preisprüfungsstellen einen „bedeutenden“ Stimmenanteil zu sichern. Drittens sollen die Wucherämter mehr Gutachten der zuständigen Landwirtschaftskammern einholen und 4. sollen diese Ämter usw. gehalten sein, die vom Reichsverband Deutscher Gartenbaubetriebe und dem Reichsverband für Obst- und Gemüsebau bekannt gegebenen Teuerungszahlen bei ihren Entscheidungen zu berücksichtigen.

Hierzu möchten wir nur ganz kurz bemerken, daß der Kampf der Gärtnereibesitzer für die auswärtigen Händler auf den Märkten ganz eigenartig anmutet, denn es liegt doch zweifellos im Interesse der Ortseingesessenen, wenn zuerst einmal ihr Bedarf befriedigt wird, ehe Nachbarorte etwas kaufen können. Läßt man diese auswärtigen Käufer schon früher zu, würde letzteres beschränkt, dafür aber die Gefahr von Preistreibern geschaffen werden. Ist dies vielleicht die Absicht? Gegen die Hinzuziehung von Erzeugern zu den Wucherämtern ist selbstverständlich nichts einzuwenden, bedenklich erscheint es aber, wenn sie sich einen bedeutenden Stimmenanteil sichern wollen, denn dann würden alle Arbeiten der Ämter illusorisch werden, weil diese „Sachverständigen“ alles aufbieten würden, ihre Ansicht durchzusetzen. Aus dem gleichen Grunde erscheint es bedenklich, die Urteile der Wuchergerichte lediglich von Gutachten der Landwirtschaftskammern, die reine Unternehmervvertretungen sind, abhängig zu machen und die Gerichte zwingen zu wollen, die Verbands-Teuerungszahlen zu den ihren zu machen. Würden sich die Behörden dazu verstehen, dann gäbe es überhaupt keine Schranke gegen die Heraufsetzung dieser Ziffern mehr und die Ämter wären nur noch Werkzeuge einer monopolistischen Preisbildung.

Um im Kampfe gegen die Roggenpachtweise Unterlagen zu haben, wurde eine gleitende Pachtzinsskala vorgelegt, die Zustimmung fand.

Bei Punkt Lehrlingsprüfungen ergab sich merkwürdigerweise, daß von den 232 im Frühjahr geprüften Gärtnerlehrlingen der Provinz die Fachschulbesucher ungünstiger abschneiden, als die mit rein praktischer Ausbildung. Von einigen Mitgliedern wurde behauptet, daß die Prüfungen zu schwer für die Lehrlinge wären, was vom Kammerkommissar und einigen Rednern bestritten wurde. Die Prüfungsgebühr wurde auf $\frac{2}{3}$ der jeweiligen Freilandteuerungszahlen des Reichsverbandes Deutscher Gartenbaubetriebe, d. h. z. Zt. 2000 M. bemessen. Für nachträglich einlaufende Anmeldungen zur Prüfung werden in Zukunft besondere Zuschläge erhoben, ebenso 50% für solche Lehrlinge, die bis zur Prüfungsanmeldung noch nicht zur Stammmrolle angemeldet waren. Ferner billigte der Ausschuß das Vorgehen der Geschäftsführung gegen den Direktor Echtermeyer von der Lehranstalt Dahlem und forderte auch in diesem Falle Prüfung der Lehrwirtschaft. (Vgl. A. D. G.-Z. Nr. 8.)

Unter Mitwirkung der Kammerbeamten, Arbeitgeber und Arbeitnehmer soll demnächst eine Prüfung der bisher anerkannten Lehrbetriebe erfolgen. Die Anerkennungsgebühr beträgt vom 15. April ab das Doppelte der oben genannten Freilandteuerungszahlen, z. Zt. also 6000 M.

Bezüglich der Obergärtnerprüfung wurde berichtet, daß die eingegangenen Arbeiten für die erste Prüfung im Durchschnitt mäßig sind und wurden weiter Richtlinien für die schriftliche Prüfung bekannt gegeben.

Zum Schluß beschäftigte sich der Ausschuß mit der ungesunden Marktlage für Obst und Gemüse, wobei die von uns schon früher wiedergegebenen Klagen auftauchten, deren Prüfung auch Arbeitgeberseits nur zur Klärung beitragen dürfte.

Was unsere Arbeitgeber über die Notwendigkeit der Organisation sagen.

Organisation bedeutet stets Unterordnung unter den Willen der Allgemeinheit. Wahre Freiheit ist ohne Organisation nicht möglich. Das Wenige, das der Einzelne, der sich dem Zwang der Organisation fügt, von seiner bisherigen Ungebundenheit aufgibt, wird reichlich aufgewogen durch den klingenden Erfolg, der ihn hinweghilft über das Schlimmste.

Das selbsterzählend sprichwörtlich gewordene deutsche Organisationstalent scheint gerade vor den Toren der Gartenbaubetriebe

Haft gemacht zu haben! Denn fast alle anderen Berufe sind verbandlich und genossenschaftlich besser zusammengefügt als unser Beruf, in dem trotz des Ernstes und der Not der Zeit immer noch Viele an ihrem eigenen Strick ziehen . . .

Mit Anspruchslosigkeit allein kommt man nicht weiter.

Durch Organisation, durch Gemeinschaftsarbeit und Planwirtschaft läßt sich alles erreichen, was wir erstreben müssen.

Entschließen wir uns also zu Gemeinschaftsarbeit, dann werden sehr bald alle diejenigen, die nicht mitmachen wollen, einsehen, daß sie entweder mit uns gehen müssen oder dem Untergang geweiht sind. Es darf keine Außenseiter geben. Wer nicht mithilft an der Verbesserung der Lage des Berufsstandes, muß mit allen, auch den schärfsten gesetzlich zulässigen Mitteln bekämpft werden. Nur so kann es vorwärts gehen.

Es ist Unsinn, auf irgend welche Hilfe von außen zu hoffen. Uns wird niemand helfen, wenn wir uns nicht selbst helfen.

Ein fester Wille führt immer zum Ziele. Die Möglichkeit zum Aufstieg ist heute noch vorhanden. Deshalb heran ans Werk. Mit Zaudern und kleinlicher Eigenbrödelei versinken wir in Verelendung und werden verarmen.

(Aus der Denkschrift des Gärtnereibesitzers Rudolph in Lindau über Erzeugung, Preisbildung und Absatz im deutschen Erwerbsgartenbau.)

Kursus über die Umstellung der gärtnerischen Betriebe.

Am 30. Juni veranstaltet die Gärtnerei-Versuchsanstalt in Friesdorf bei Bonn einen Eintagskursus für Gärtnerei-Inhaber, -Leiter, Gehilfen und ältere Lehrlinge über die durch die Zeitverhältnisse bedingte Umstellung der gärtnerischen Betriebe. Anmeldungen zur Teilnahme am Kurs müssen bis zum 15. Juni bei der Landwirtschaftskammer in Bonn erfolgen. Ein Kursgeld von 500 M. für Betriebsinhaber und von 250 M. für Angestellte wird bei Beginn des Kurses erhoben.

Rundschau

Für den Brotwucher

hat sich im Reichstag eine Mehrheit von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten gefunden. Eine Entschliebung, die vom Zentrum, der Deutschen Volkspartei, der Bayerischen Volkspartei und den Demokraten eingebracht war, wurde mit 211 gegen 146 Stimmen angenommen.

Durch diesen Beschluß wird mit Beginn des neuen Erntejahres 1923/24 die Bewirtschaftung für Brotgetreide beseitigt und der freie Verkehr wie in der Zeit vor dem Kriege wieder eintreten. Es wird gleichzeitig die Rationierung für Brot und Backwaren freigegeben. Um jedoch die tief einschneidende Wirkung für die Ärmsten der Armen schmackhafter zu machen, wurde der Entschliebung ein soziales Mäntelchen umzuhängen versucht, wonach: Eine Verbilligung des Brotes für Minderbemittelte, zu denen auf jeden Fall die breite Masse der Sozialrentner, Erwerbslosen, Armengeldempfänger und der Kinderreichen zu rechnen ist, ist unter Deckung der erforderlichen Mittel durch Belastung des Besitzes in weitestem Umfange zu bewirken.

Wie es mit den Opfern des Besitzes in Wirklichkeit aussieht, wissen wir zur Genüge. Deshalb bedeutet die nunmehr den Agrariern überlassene Bemessung des Brotpreises eine ungeheure Gefahr für alle Lohnempfänger, die nach wie vor nur unter stärkstem Druck eine neue Zulage herausholen können. Wenn es den Agrariern ernst mit der Brotversorgung des deutschen Volkes wäre, würden sie die Vorschläge der Sozialdemokratischen Fraktion angenommen haben, die dahin ging, Umlagegetreide gegen Stickstoffdünger einzutauschen. Dies lehnten sie aber ab, weil sie sich keiner Kontrolle der Düngemittel unterwerfen wollten. Damit haben sie ihre wahren Absichten selbst enthüllt. Mitunter er tappi man sie auch auf anderen Schleichwegen. So wollten sie vor kurzem bei Tarifverhandlungen im Kreise Beskow-Storkow die Getreidedeputate für die Landarbeiter abbauen, damit die armen Stadtkinder mehr Brot bekommen! Im gleichen Atemzuge versprachen sie aber für jeden dritten und vierten Hofgänger einen Liter Milch täglich mehr, obgleich doch gerade diese für die Stadtkinder noch viel nötiger ist. Es stellte sich aber bald heraus, daß es in den meisten Fällen nur ein bis zwei Hofgänger gibt, so daß das Angebot nur ein Bluff war, um das Getreide sparen und zum Dollarkurs verkaufen zu können.

Bekanntmachungen

Warnung. Die Gauverwaltung Frankfurt a. M. warnt vor einem angeblichen Verbandsmitglied Karl Ratgeber. Dieser hat in Soden bei Frankfurt seinen Kollegen sämtliche Kleider und Gelder gestohlen. Falls dieser „Ratgeber“ irgendwo auftaucht, ersuchen wir, ihn der Polizei auf Grund dieser Notiz zu übergeben.

Redaktionsschluß der nächsten Nummer Mittwoch, den 6. Juni